

Innsbruck, 16. Juli 2026

Anfrage

Zusammenarbeit der Stadt Innsbruck mit zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vereinen

Im Rahmen eines von der Stadt Innsbruck initiierten Beteiligungsprozesses zur Erarbeitung eines Maßnahmenplans für eine rassismuskritische und diskriminierungssensible Stadt übermittelte Frau Stadträtin Janine Bex am 6. Mai 2026 ein Schreiben an zahlreiche Vereine und Organisationen. Darin bedankt sich die zuständige Stadträtin mehrfach für die bisherige Mitwirkung und hebt die Bedeutung des Engagements der beteiligten Organisationen hervor. Wörtlich heißt es: „Nochmals ein großes Dankeschön für Eure bisherige Beteiligung, Euer Vertrauen und Eure wichtige Arbeit. Wir wissen dieses Engagement sehr zu schätzen und freuen uns darauf, den weiteren Weg gemeinsam mit Euch zu gestalten.“

Ebenso wird angekündigt: „Bei diesem Treffen soll auch Raum dafür sein, gemeinsam zu überlegen, wie die Stadt gute und faire Rahmenbedingungen für das Engagement und die Mitwirkung – insbesondere auch von Betroffenen – schaffen kann, nicht zuletzt auch in finanzieller Hinsicht.“

Diese Aussagen vermitteln den Eindruck einer engen Partnerschaft zwischen der Stadt Innsbruck und den beteiligten Vereinen sowie einer besonderen Wertschätzung ihres Engagements. Gleichzeitig entsteht jedoch der Eindruck, dass zwischen dieser öffentlichen Wertschätzung und den tatsächlichen Rahmenbedingungen eine Diskrepanz bestehen könnte. Immer wieder wird seitens betroffener Organisationen darauf hingewiesen, dass Förderungen stagnieren, gekürzt oder nicht valorisiert werden, während gleichzeitig eine umfangreiche Mitwirkung an städtischen Projekten, Arbeitsgruppen und Beteiligungsprozessen erwartet wird.

Vor diesem Hintergrund stellen sich Fragen, inwieweit sich die im Schreiben zum Ausdruck gebrachte Wertschätzung auch im konkreten Handeln der Stadt widerspiegelt und welche finanziellen sowie organisatorischen Rahmenbedingungen den beteiligten Organisationen tatsächlich geboten werden.

Wir richten daher folgende Fragen an den Bürgermeister mit der Bitte diese zu beantworten:

1. Welche Vereine, Organisationen und sonstigen Institutionen wurden zum genannten Beteiligungsprozess eingeladen?

2. Nach welchen Kriterien erfolgte die Auswahl der eingeladenen Organisationen?
3. Welche der eingeladenen Organisationen erhalten derzeit Förderungen oder sonstige finanzielle Unterstützungen der Stadt Innsbruck?
4. Wie hoch waren diese Förderungen in den Jahren 2024, 2025 und 2026 jeweils?
5. Bei welchen der eingeladenen Organisationen wurden Förderungen in den vergangenen drei Jahren gekürzt, nicht valorisiert oder abgelehnt?
6. Welche finanziellen Mittel hat die Stadt Innsbruck bislang insgesamt für den genannten Beteiligungsprozess (Workshops, Vorträge, externe Begleitung, Moderation, Studien, Veranstaltungen etc.) aufgewendet?
7. Welche weiteren finanziellen Mittel sind für den weiteren Verlauf dieses Prozesses budgetiert?
8. Im Einladungsschreiben wird angekündigt, gemeinsam zu überlegen, „wie die Stadt gute und faire Rahmenbedingungen für das Engagement und die Mitwirkung – insbesondere auch von Betroffenen – schaffen kann, nicht zuletzt auch in finanzieller Hinsicht.“ Welche konkreten Maßnahmen sind damit gemeint?
9. Ist vorgesehen, die Mitarbeit von Vereinen, NGOs oder betroffenen Personen in Arbeitsgruppen oder sonstigen Beteiligungsformaten finanziell abzugelten? Wenn ja, in welcher Form und in welcher Höhe?
10. Falls keine finanzielle Abgeltung vorgesehen ist: Wie beurteilt die zuständige Stadträtin den Umstand, dass von Vereinen über einen längeren Zeitraum erhebliche personelle und fachliche Ressourcen erwartet werden, diese Leistungen jedoch überwiegend ehrenamtlich erbracht werden?
11. Welche konkreten Ergebnisse des bisherigen Beteiligungsprozesses wurden bereits umgesetzt beziehungsweise befinden sich derzeit in Umsetzung?
12. Wie wird sichergestellt, dass die eingebrachten Vorschläge der beteiligten Organisationen tatsächlich in politische Entscheidungen einfließen?
13. Hält die zuständige Stadträtin die derzeitige Förderpraxis gegenüber den beteiligten Vereinen und Organisationen für vereinbar mit der im Einladungsschreiben mehrfach zum Ausdruck gebrachten besonderen Wertschätzung ihrer Arbeit? Falls ja, womit wird diese Einschätzung begründet?
14. Welche Maßnahmen wird die Stadt Innsbruck künftig setzen, um sicherzustellen, dass sich die angekündigten „guten und fairen Rahmenbedingungen“ nicht nur in Worten, sondern auch in der tatsächlichen Zusammenarbeit und Unterstützung der beteiligten Organisationen widerspiegeln?